ARBEIT UND DIGITALISIERUNG 25.06.2026 | Philipp Mattheis

Die neue Arbeiterfrage

Die KI-Welle lässt sich nicht aufhalten. Entscheidend ist, ob ihr Wohlstand bei wenigen Konzernen bleibt oder allen zugutekommt.

Ein Bonus von 300 000 Euro – pro Mitarbeiter und Jahr. Eine solche Gewinnbeteiligung haben sich Ende Mai die Beschäftigten des südkoreanischen Konzerns Samsung erstritten. Die rund 78 000 Mitarbeiter in der Halbleitersparte hatten mit Streik gedroht, falls der Konzern nicht einen Teil seiner exorbitanten Gewinne an die Belegschaft ausschüttet. Hintergrund: Samsung stellt sogenannte Speicherchips her. Aufgrund des KI-Booms in den USA ist die Nachfrage nach diesen Chips in letzter Zeit explodiert. Der Aktienkurs von Samsung hatte sich innerhalb weniger Monate verachtfacht. Bei den Mitarbeitern kam davon bislang jedoch wenig an.

Wie hoch genau der Produktivitätsschub ist, den künstliche Intelligenz in den kommenden Jahren auslösen wird, ist noch nicht endgültig klar. Eher konservative Schätzungen gehen von einem zusätzlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von etwa vier Prozent pro Jahr aus. Andere Studien, etwa *Could Advanced AI Drive Explosive Economic Growth?* von Open Philanthropy, taxieren den Boom für hoch entwickelte Volkswirtschaften wie die USA oder China sogar auf bis zu 30 Prozent jährlich. Doch selbst wenn der Ausstoß von Fabriken nur um drei Prozent steigt, wäre das ein gewaltiges Konjunkturprogramm für die Weltwirtschaft. Es gleicht einer zweiten Industriellen Revolution – und zwar im Positiven wie im Negativen.

Mit der kommerziellen Vermarktung der Dampfmaschine im Jahr 1776 begann in Großbritannien die Industrialisierung. Von nun an trieben nicht mehr Menschen die Webstühle an, sondern Maschinen. Das erhöhte den Ausstoß von Textilien um ein Vielfaches. Dampfbetriebene Pumpen erleichterten den Kohle- und Eisenabbau, was den Bau und Betrieb von Dampfmaschinen weiter beschleunigte. Dies wiederum ermöglichte den Bau der Eisenbahn, die Güter schneller und günstiger transportierte. 1760 importierte Großbritannien 1 130 Tonnen Baumwolle zur Textilherstellung. Bis 1830 hatte sich diese Menge auf 119 300 Tonnen erhöht – eine Verhundertfachung. Die Exporte stiegen

von 0,7 Millionen Pfund im Jahr 1760 auf 31 Millionen Pfund Sterling im Jahr 1830. Ein exponentielles Wachstum setzte ein, welches das Vereinigte Königreich innerhalb weniger Jahrzehnte von einem unbedeutenden Inselkönigtum am Rand Europas zum größten Reich der Weltgeschichte machte. Auf seinem Höhepunkt in den 1920er Jahren kontrollierte das Britische Empire etwa 25 Prozent der Landmasse der Erde und rund 20 Prozent der Weltbevölkerung.

Niemand würde heute ernsthaft behaupten, die Industrielle Revolution sei eine negative Entwicklung für die Menschheit gewesen. Sie hat den globalen Lebensstandard um ein Vielfaches erhöht – auch wenn das Problem der Verteilung dieses Wohlstands in den ersten Jahrzehnten gravierend war. Das zeigte sich sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene. Weil die industrialisierten Gesellschaften Europas Absatzmärkte für ihre Produktion brauchten, nahm der Kolonialismus richtig Fahrt auf. Mit ihren günstig produzierten Textilien zerstörte das Vereinigte Königreich die Wirtschaft Indiens. Aus einer der reichsten Regionen der Welt wurde innerhalb weniger Jahrzehnte ein Armenhaus. Gleichzeitig ist aber auch wahr: Die Welt wurde durch die Industrielle Revolution insgesamt reicher, nicht ärmer.

Arbeit bedeutet Identität, soziale Interaktion und Selbstwert.

Ein jährliches Wirtschaftswachstum von 3 Prozent würde bedeuten, dass sich die Welt von einer Mangel- zu einer Überflussgesellschaft entwickeln würde. Es gäbe in diesem Szenario keine Knappheit mehr an Nahrungsmitteln, Wohnraum, Energie oder medizinischer Versorgung – die Preise würden gegen Null tendieren. Millionen Arbeitsplätze würden überflüssig oder durch Roboter ersetzt. Studien der Europäischen Zentralbank und anderer Institute gehen davon aus, dass ein Viertel aller Jobs in den EU-Ländern direkt betroffen sein wird und weitere 30 Prozent indirekt. In erster Linie handelt es sich dabei um *White Collar*-Jobs wie Verwaltungs- und Büroaufgaben. Die Welt würde also zwar reicher werden, zunächst aber würde die Arbeitslosigkeit steigen.

Das bedeutet nicht, dass wir alle unsere Arbeit verlieren. Arbeit ist mehr als nur eine Tätigkeit zum Geldverdienen. Arbeit bedeutet Identität, soziale Interaktion und Selbstwert. Jeder Mensch braucht Arbeit. Wenn jedoch die materielle Notwendigkeit zur Arbeit schwindet, können wir uns stärker den Tätigkeiten widmen, die uns erfüllen.

Außerdem gibt es zahlreiche Aufgaben, die wir nicht oder nur teilweise an Roboter abgeben werden. Die meisten Menschen lassen sich lieber von einem Menschen die Haare schneiden und bevorzugen ein Restaurant, in dem Menschen arbeiten. Diese Berufe werden daher künftig besser bezahlt werden als heute.

Trotzdem wird der Weg in diese schöne neue KI-Welt holprig verlaufen. Die ersten Anzeichen sind bereits sichtbar. Es kommt schon heute zu Entlassungen in immer mehr Branchen. Allein im ersten Quartal 2026 strich die Bankenbranche in den USA 15 000 Stellen. In der IT- und Tech-Branche ist die Entwicklung noch drastischer: Hier haben in den ersten Monaten des Jahres bereits mehr als 90 000 Menschen ihren Job verloren.

Auch die KI-Revolution droht also ein neues Proletariat zu schaffen, ähnlich wie die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Einige wurden damals sehr reich, andere verelendeten. Erst nach Jahrzehnten von Revolten, Revolutionen und politischen Kompromissen gelang es, den neu entstandenen Reichtum besser zu verteilen. Dieses Problem ist real und wird für erhebliche gesellschaftliche Unruhe sorgen. Die KI-Revolution lässt sich jedoch genauso wenig aufhalten wie die Industrielle Revolution vor 200 Jahren. Die Maschinenstürmer und Ludditen blieben ein historisches Randphänomen.

Allein im ersten Quartal 2026 strich die Bankenbranche in den USA 15 000 Stellen.

Es geht also darum, das Verteilungsproblem kreativ zu lösen. Ansätze dafür gibt es bereits. So forderte Bernie Sanders kürzlich beispielsweise eine einmalige Abgabe von 50 Prozent auf KI-Unternehmen, andere plädieren für eine Art Übergewinnsteuer. Das Problem all dieser Ansätze ist, dass sie das Wachstum hemmen könnten.

Ideen kommen deshalb auch aus dem Silicon Valley selbst. Sam Altman von OpenAI brachte jüngst einen öffentlichen Vermögensfonds ins Spiel, in den KI-Unternehmen Eigenkapital einbringen könnten. Die Erträge oder Anteile würden dann der amerikanischen Bevölkerung zugutekommen. Auch den Anthropic-Gründer Dario Amodei treiben solche Gedanken um. Sowohl OpenAI als auch Anthropic werden wohl noch in diesem Jahr an die Börse gehen und gigantische Bewertungen erzielen. Amodei hat bereits angekündigt, mindestens 80 Prozent seiner Aktien zu verschenken.

US-Präsident Trump griff diese Idee auf und sprach davon, Teile von KI-Unternehmen „der amerikanischen Öffentlichkeit“ zu geben. Im

wahrscheinlichsten Szenario ginge es dabei nicht um eine klassische Verstaatlichung, sondern um freiwillige kleine Aktienbeiträge der Unternehmen, angeführt möglicherweise von OpenAI. Diese könnten etwa über Anlagekonten für Kinder oder einen Staatsfonds verteilt werden.

Ganz konkret ist von einem Anlagekonto mit 1 000 Dollar die Rede, das jedes amerikanische Kind bei seiner Geburt erhält. Das klingt zunächst nach Hyperkapitalismus. Dabei ist die Idee nicht schlecht. Denn im Gegensatz zu höheren Steuern, einem Grundeinkommen oder Bürgergeld macht sie die Menschen zu Miteigentümern und fördert so die Eigenverantwortung.

Auch in Südkorea wird die Frage inzwischen politisch diskutiert. Die 30 000 Euro Gewinnbeteiligung für die Beschäftigten der Samsung-Chipsparte war dabei nur ein Vorgeschmack auf eine größere Debatte. Der südkoreanische Arbeitsminister fordert die Einführung einer KI-Dividende, die in einen Nationalfonds fließen soll.

Und so unrealistisch ist die Idee nicht. Ein ähnliches Konzept verfolgt beispielsweise Norwegen mit seinem Staatsfonds, der sich aus Öl-Gewinnen speist. Ähnliches macht auch Alaska mit seinen Öl-Einnahmen. Das ist vielleicht nicht der klassische sozialdemokratische Weg. Es wäre aber eine Möglichkeit, eine breitere Beteiligung am neuen Wohlstand zu gewährleisten.

Die Sozialdemokratie hat die Industrialisierung nicht verhindert, sondern dafür gesorgt, dass ihr Wohlstand breiter verteilt wurde. Vor derselben Aufgabe steht sie heute erneut.



Philipp Mattheis
Bankok

Philipp Mattheis publiziert den Newsletter Bling Bling auf *Substack*, in dem er regelmäßig über Künstliche Intelligenz, Kryptowährungen und ähnliche Themen berichtet.